

## **Bericht des Vorsitzenden**

### **zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

**am 14. Dezember 2010**

#### **I. Die politische Lage in Deutschland**

- **Europa ist unsere Zukunft.** Kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute würden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung der europäischen, aber auch deutschen Interessen. Und noch immer ist die Europäische Union unser wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen.

Gegenwärtig sorgen wir dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, dass es gelingt, den Euro nachhaltig zu stabilisieren. Die Eurozone ist stabiler als es scheint. Aber nur Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften in allen Euro-Ländern schützen vor Spekulation. Wir wollen eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Eurobonds und eine Transferunion lehnen wir strikt ab.

Deutschland leistet solidarische Hilfe, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir müssen die Stabilitätskultur im Euroraum ausbauen, statt sie abzuschwächen, wie Rot-Grün es getan und dabei Glaubwürdigkeit in Sachen Stabilität verspielt hat. Zentraler Punkt für die Stabilitätskultur ist der neue Krisenmechanismus (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM), der auf dem Europäischen Rat vom 16./17. Dezember in die Wege geleitet werden wird. Für das, was die Bundesregierung hierzu in den letzten Wochen und Monaten ge-

leistet hat, danken wir Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

- **Erfolg für Klimaschutz und Staatengemeinschaft.** Die Weltklimakonferenz in Cancún war ein Erfolg. Erstmals ist das 2-Grad-Ziel von der Weltgemeinschaft offiziell anerkannt worden. Die Weltklimakonferenz hat sich zudem nach schwierigen Verhandlungen und in letzter Minute auf ein umfassendes Maßnahmenpaket verständigt, das einen wesentlichen Schritt darstellt, um dieses Ziel zu erreichen. Die dabei getroffenen Entscheidungen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Klimaabkommen. Das Paket von Cancún umfasst Minderungsmaßnahmen von Industrie- und Entwicklungsländern, die Errichtung eines globalen Klimafonds, Verabredungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum Waldschutz, zur Technologiekooperation und zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern. Es wurde ein Verfahren zur Überprüfung vereinbart, welche zusätzlichen Maßnahmen zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels erforderlich sind. Außerdem wurden grundsätzliche Vereinbarungen zur Transparenz der Klimaschutzmaßnahmen von Staaten abgeschlossen. Die Industrieländer haben zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren. Die Konferenz war ein Schritt nach vorn. In Cancún wurden die Erwartungen erfüllt. Die Staatengemeinschaft hat sich dabei als handlungsfähig erwiesen. Der Prozess muss nun fortgesetzt werden. Auf diesen Erfolg müssen wir aufbauen.
- **Fortschrittsbericht Afghanistan.** Am Donnerstag werden wir im Plenum erneut über die Lage in Afghanistan diskutieren. Anlass ist der Fortschrittsbericht zum deutschen Engagement in Afghanistan, den die Bundesregierung in dieser Woche vorgelegt hat. Der Anstoß zu diesem Bericht kam aus unserer Fraktion. Wir begrüßen daher, dass Außenminister Guido Westerwelle zur Vorlage des Berichts eine Regierungserklärung abgeben wird.  
Anfang des Jahres haben wir den notwendigen Strategiewechsel in Afghanistan mit dem Ziel eingeleitet, die afghanische Regierung zu befähigen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen, und mit der „Übergabe in Verantwortung“ zu beginnen. Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Dazu ist eine belastbare Lageanalyse mit klaren Kriterien notwendig. Auf rund 100 Seiten zeigt

der Bericht auf, wo wir zurzeit stehen, wie unsere Ziele aussehen und was unter den gegebenen Voraussetzungen realistisch erreichbar ist. Er benennt Defizite, zeigt aber auch deutlich die erreichten Erfolge, wie etwa die erheblichen Fortschritte beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte. Wir unterstützen die im Bericht getroffene Feststellung, dass „in erster Linie eigene afghanische Anstrengungen erforderlich“ sind, damit wir einen nachhaltigen Erfolg erzielen können. Die afghanische Seite muss ihre eingegangenen Verpflichtungen, wie etwa gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung oder den Aufbau einer unabhängigen Justiz, einhalten.

Die internationale Präsenz in Afghanistan wird sich in den Jahren 2011-2014 entscheidend verändern. Ziel der Bundesregierung ist es, 2011 auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden den Übergabeprozess einzuleiten. Der Beginn der Übergabe in Verantwortung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Abzug der internationalen Sicherheitskräfte. Im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung beabsichtigt die Bundesregierung aber einzelne, nicht mehr benötigte Fähigkeiten – soweit die Lage dies erlaubt – ab Ende 2011/2012 zu reduzieren.

- **Einsatz für Religionsfreiheit weltweit.** Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht. In dieser Woche wird der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten. Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind:

Zur Religionsfreiheit gehört vor allem das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben, stark eingeschränkt. Dies gilt beispielsweise auch für die Türkei. So hält der im November 2010 erschienene EU-Fortschrittsbericht neben einer Reihe weiterer Defizite fest, dass das öffentliche Werben als Bedrohung der staatlichen Integrität und der muslimischen Religion wahrgenommen und in Einzelfällen sogar strafrechtlich verfolgt wird. Der Bau von Kirchen ist rechtlich stark eingeschränkt. Zur Religionsfreiheit gehört ferner das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten, insbesondere mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, bestreiten dieses Recht. Der Abfall vom Is-

lam (Apostasie) wird in vielen dieser Staaten strafrechtlich verfolgt. Dies gilt beispielsweise für den Iran. Im Norden des Landes sitzen ein Pastor und seine Frau wegen des Vorwurfs der Apostasie seit über einem Jahr im Gefängnis. Im September dieses Jahres hat ihn ein islamisches Revolutionsgericht zum Tode verurteilt.

Eng verbunden mit der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit. Der Antrag kritisiert den Versuch von islamischen Staaten, die Meinungsfreiheit mit der Begründung einzuschränken, den Islam vor Diffamierung schützen zu wollen. Auf Ebene der Vereinten Nationen werben diese Staaten seit langem für solch ein Vorgehen. So genannte Blasphemiegesetze sind heute in vielen Staaten Realität. Dies gilt beispielsweise für Pakistan. So wurde im November diesen Jahres die Christin Asia Bibi nach einem Streit mit Nachbarn beschuldigt, Jesus Christus mit Mohammed verglichen zu haben, und von einem Gericht in der Provinz Punjab wegen des Vorwurfs der Blasphemie zum Tode verurteilt. Gegen diese und andere Fälle haben die Abgeordneten unserer Fraktion wiederholt protestiert und bei Reisen in entsprechende Länder ihre Solidarität mit den verfolgten Christen zum Ausdruck gebracht.

- **Koalitionsausschuss beschließt Maßnahmen zur Steuervereinfachung.** Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht ein Stück weit gelichtet. So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von knapp 600 Mio. € bewirkt. Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 € auf 1.000 € wird für rund 22 Mio. Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleichzeitig eine Entlastung von über 300 Mio. € erreicht. Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von ca. 4 Mrd. € entlastet. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Einkommensteuerrechts, beispielsweise durch die Möglichkeit, die Einkommensteuererklärung wahlweise nur alle zwei Jahre abzugeben. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein. Steuererklärungen können zukünftig einfacher und schneller erledigt werden.

Darüber hinaus verständigte sich der Koalitionsausschuss am vergangenen Donnerstag auch auf Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr. Dazu gehören die Einführung eines „Freiwilligen Wehrdienstes“ für Frauen und Männer, die Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für das Dienstrecht der Streitkräfte und die Festlegung einer Zielgröße von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten für den Personalumfang der Streitkräfte.

- **Neuer Beauftragter für Stasi-Unterlagenbehörde nominiert.** Mit dem Bürgerrechtler und Journalisten Roland Jahn ist es der Bundesregierung gelungen, eine überzeugende Persönlichkeit mit hohem Ansehen und breiter Akzeptanz für die Nachfolge von Marianne Birthler als Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vorzuschlagen. Roland Jahn hat sich in der DDR mutig gegen die Diktatur und gegen das Unrecht gestellt und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt. Er hat sich nach seiner gewaltsamen Ausbürgerung aus der DDR bis heute kompetent und engagiert der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet und ist allen Verharmlosungen dieser Diktatur überzeugend entgegengetreten. In unserer heutigen Sitzung wird sich Roland Jahn den Mitgliedern unserer Fraktion persönlich vorstellen.

Der Bürgerrechtler Roland Jahn, geboren 1953, gehörte in der DDR zur Opposition. Wegen seines Protestes gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns wurde er 1977 vom Studium ausgeschlossen. 1983 war er Mitbegründer der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena und wurde noch im gleichen Jahr gewaltsam ausgebürgert. In der Bundesrepublik produzierte Roland Jahn als Journalist zahlreiche Beiträge zu Opposition, Menschenrechtsverletzungen und Alltag im SED-Staat der 1980er Jahre. Die Friedliche Revolution begleitete er journalistisch mit Reportagen über Demonstrationen, Besetzungen der Stasi-Zentralen und den Machterhaltungskampf von SED-Funktionären, später widmete er sich dem Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 1996 ist Roland Jahn im Beirat der Robert-Havemann-Gesellschaft und seit 1999 im Fachbeirat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tätig.

## II. Die Woche im Parlament

- Am Mittwoch wird Bundeskanzlerin Angela Merkel eine **Regierungserklärung zum Europäischen Rat** abgeben, der am 16. und 17. Dezember in Brüssel stattfindet.
- Der Bundesminister des Auswärtigen, Guido Westerwelle, wird in dieser Woche eine Regierungserklärung zu den **Fortschritten und Herausforderungen in Afghanistan** abgeben.
- Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht. In dieser Woche wird der Bundestag den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP **Religionsfreiheit weltweit schützen** abschließend beraten.
- Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP **60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden**, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wird, setzt die Koalition anlässlich des 60. Jubiläumjahres der Charta ein Zeichen der Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Die Bundesregierung fordern wir auf, sich der aktuellen Probleme der Sicherung von Zeitzeugenberichten und Archivalien anzunehmen sowie die akademische Förderung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auf eine neue Basis zu stellen.
- Mit dem **Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes**, das in dieser Woche zur Verabschiedung ansteht, wollen wir unter Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung die Wirkung der Energie- und Stromsteuer verbessern sowie die bestehenden Vorschriften an das sich ständig ändernde Marktumfeld für Energieerzeugnisse anpassen. Außerdem gilt es, Beeinträchtigungen des Wettbewerbs in der Landwirtschaft durch die unterschiedliche Besteuerung von Agrardiesel in der EU abzumildern. Aus diesem Grund werden wir den mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2005 eingeführten und zwischenzeitlich ausgesetzten Selbstbehalt von 350 Euro und die

Obergrenze von 10 000 Liter je Betrieb endgültig streichen. Dies entlastet die Forst- und Landwirtschaft dauerhaft um 260 Mio. Euro.

- In dieser Woche stellt der **Wehrbeauftragte** seinen **Jahresbericht 2009** vor. Dieser spiegelt die wichtigsten Probleme, Beschwerden und offenen Fragen wider, die dem Wehrbeauftragten als Eingaben von den Soldatinnen und Soldaten zugeleitet werden und gewährt einen Einblick in das Innenleben der deutschen Streitkräfte.
- Mit dem Bericht des Innenausschusses zum **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010** ziehen wir eine Bilanz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung. Der Bericht zeigt die Erfolgsgeschichte der letzten zwanzig Jahre, stellt aber auch die noch vor uns liegenden Herausforderungen dar, die auf dem Weg hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West zu bewältigen sind.
- Ebenfalls in dieser Woche erfolgt die Unterrichtung durch den **Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit** über seine **Tätigkeiten im Zeitraum 2007 bis 2008**.
- Internationale Beobachter befürchten, dass die für den 19. Dezember 2010 in Belarus angekündigten Präsidentschaftswahlen wiederholt weder gleich noch frei sein werden. Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP **Freie und gleiche Wahlen in Belarus einfordern, Menschenrechtslage verbessern** fordern wir deshalb die Bundesregierung u.a. auf, auch künftig gegenüber der belarussischen Regierung dafür zu werben, dass die Menschenrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, sowie Rechtsstaatlichkeit geachtet werden und darüber hinaus deutlich zu machen, dass die belarussische Regierung und Behörden jede Anstrengung zu unternehmen haben, um für diese und zukünftige Wahlen demokratische Bedingungen zu gewährleisten, die den OSZE- und anderen internationalen Standards entsprechen.

- In dieser Woche steht die **Wahl der neuen Mitglieder des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** an.
- In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung**, mit dem wir zum einen die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung verschärfen und zum anderen den Vortatenkatalog des Straftatbestandes der Geldwäsche ausweiten wollen. Künftig muss zur Erlangung der Straffreiheit eine umfassende Selbstanzeige bezüglich aller hinterzogenen Steuern erfolgen. Auch der Zeitraum für die mögliche Inanspruchnahme der strafbefreienden Selbstanzeige wird deutlich verkürzt. Damit wollen wir sicherstellen, dass die strafbefreiende Selbstanzeige nicht mehr zum Gegenstand einer Hinterziehungsstrategie gemacht werden kann.
- Mit dem in erster Lesung anstehenden Entwurf eines **Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte** wollen wir Polizeibeamte und andere Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und immer häufiger Ziel gewalttätiger Angriffe werden, besser schützen. Aus diesem Grund werden wir u.a. den Strafraumen für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei auf drei Jahre anheben und den geschützten Personenkreis um Feuerwehrleute und Angehörige von Rettungsdiensten erweitern. Ferner sollen auch Fahrzeuge der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste sowie bedeutende technische Arbeitsmittel dieser Stellen in den Kreis der durch § 305 a StGB besonders geschützten Sachen einbezogen werden.
- In zweiter und dritter Lesung beraten wir in dieser Woche das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates**, das – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – eine Stärkung des Nationalen Normenkontrollrates und eine Ausweitung seiner Kompetenzen vorsieht. Darüber hinaus werden Größe und Zusammensetzung dieses Gremiums vor dem Hintergrund seines erweiterten Mandats angepasst.
- In dieser Woche steht die zweite und dritte Lesung des **Gesetzes zur Anpassung des deutschen Rechts an die Verordnung (EG) Nr. 380/2008 vom**



**18. April 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige** an. Ziel der Harmonisierung ist es, die Sicherheit der Dokumente in den 27 Mitgliedstaaten zu erhöhen und die Verifizierung der Aufenthaltstitel zu vereinfachen. Mit einer neuen „Aufenthaltskarte“ wird es zukünftig in Deutschland neben dem bisherigen Aufenthaltsdokument ein weiteres Dokument geben. Dieses wird mit einem digital gespeicherten Foto und Fingerabdrücken versehen, um die Identifizierung zu vereinfachen.

- In zweiter und dritter Lesung werden wir das **Gesetz zu dem Zusatzprotokoll vom 28. Januar 2003 zum Übereinkommen des Europarates über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art** sowie das **Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Umsetzung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 2003 zum Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art** verabschieden. Das Übereinkommen verlangt, bestimmte schwere Formen der Computerkriminalität unter Strafe zu stellen. Es enthält zudem Vorgaben für das Strafverfahrensrecht, die internationale Zusammenarbeit und die Rechtshilfe. In nationales Recht ist es bereits weitgehend umgesetzt.
- In dieser Woche steht das **Gesetz zu dem Protokoll vom 23. Juni 2010 zur Änderung des Protokolls über die Übergangsbestimmungen, das dem Vertrag über die Europäische Union, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beigefügt** ist, zur zweiten Lesung und Schlussabstimmung an. Der Europäische Rat vom 18./19. Juni 2009 hatte Übergangsmaßnahmen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes sowie der Anzahl seiner Mitglieder für den Fall beschlossen, dass der Vertrag von Lissabon erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament vom Juni 2009 in Kraft tritt. Die Beschlüsse sehen vor, dass die Zahl der Abgeordneten von 12 Mitgliedstaaten um

insgesamt 18 Mandate erhöht wird, wodurch die Gesamtzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes vorübergehend bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 2014 von 736 auf 754 ansteigt. Die Staats- und Regierungschefs haben sich politisch darauf verständigt, diese Änderung möglichst bereits während des Jahres 2010 in Kraft zu setzen. Das vorliegende Gesetz dient der Umsetzung dieses Beschlusses.

- In zweiter und dritter Lesung beraten wir das **Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus**, das der Ratifizierung dieses Übereinkommens dient. Von den Vertragsparteien werden wirksame Maßnahmen verlangt, um die Begehung terroristischer Straftaten zu verhindern. Zum Zweck der Terrorismusprävention fordert das Übereinkommen zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz** werden die Erwerbsmöglichkeiten für Alteigentümer aus der Enteignung in der sowjetischen Besatzungszone, die einen Anspruch auf einen begünstigten Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen haben, entsprechend dem ursprünglichen Wiedergutmachungsgedanken der Regelung so verbessert, dass Verzögerungen bei der Bescheidung der Ausgleichsleistung sich nicht mehr negativ auf den Umfang der Erwerbsmöglichkeiten auswirken.
- Mit der ersten Lesung des **Gesetzes zu dem Stabilisierungsabkommen vom 29. April 2008 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Serbien andererseits** leiten wir in dieser Woche den Ratifikationsprozess des entsprechenden Abkommens durch den Deutschen Bundestag ein.

### III. Daten und Fakten

- **Zahl der Beschäftigten auf Rekordhoch.** Die Zahl der Beschäftigten erreichte im vergangenen Oktober mit rund 40,9 Mio. Personen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen im November

deutlich unter die Marke von drei Millionen (2.931.170). Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies ein Rückgang von 284.000. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der sich hauptsächlich durch einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung auszeichnet. Gleichzeitig stieg auch die Fachkräftenachfrage weiter: Mehr als 394.000 Stellen sind derzeit zu besetzen, über zwei Drittel davon kurzfristig. Während im Vergleich zum Vorjahresmonat im Westen die Zahl der offenen Stellen um 37% zunahm, standen in Ostdeutschland 29% mehr Jobs zur Verfügung als noch im November 2009.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

- **Internationale Schulvergleichsstudie PISA IV bestätigt Aufwärtstrend.** Nach der aktuellen PISA-Studie mit Schwerpunkt Lesen und Textverständnis, an der im Jahr 2009 rund eine halbe Million Fünfzehnjährige in 65 Ländern teilnahmen, ist Deutschland eine der wenigen Nationen, die ihr Bildungssystem in den letzten zehn Jahren beständig verbessert haben. Beim Lesen liegen die deutschen Leistungen inzwischen im OECD-Durchschnitt, in Mathematik und in den Naturwissenschaften deutlich darüber. Im Zeitraum der Jahre 2000-2009 ist die Lesekompetenz der deutschen Schüler mit 13 Punkten gegenüber einem durchschnittlichen OECD-Zuwachs von einem Punkt besonders stark gestiegen und liegt nun bei 497 Punkten (OECD-Durchschnitt: 496 Punkte). Besonders erfreulich ist, dass sich gleichzeitig die so genannte Risikogruppe mit den schwächsten Lesern von 22,6% im Jahr 2000 auf nun 18,5% deutlich reduziert hat. Auffällig sind die geschlechtsspezifischen Leistungsunterschiede: Mädchen haben eine deutlich höhere Lesekompetenz als Jungen und sind ihnen in diesem Testbereich um etwa ein Schuljahr voraus. Eine deutliche Verbesserung ist auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund festzustellen, die sich seit 2000 im Lesen mit 26 Punkten ganz erheblich verbessert haben. Während Schüler, die in der Familie eine andere Sprache als Deutsch sprechen, im Jahr 2000 im Lesekompetenztest noch 60 Punkte weniger erreichten, lag die Differenz im Jahr 2009 bei nur noch 20 Punkten. Dennoch liegen Jugendliche mit Migrationshintergrund mit 57 Punkten noch immer mehr als ein Schuljahr zurück. Die Leistungen der deutschen Schüler in den anderen beiden Testbereichen Mathematik und Naturwissenschaften liegen inzwischen deutlich oberhalb des OECD-

Durchschnitts: In dem Bereich Mathematik erzielte Deutschland 513 Punkte (OECD-Durchschnitt: 493 Punkte) und in den Naturwissenschaften 520 Punkte (OECD-Durchschnitt: 501 Punkte).

(Quelle: PISA-Studie 2009)

- **Deutsche Ausfuhren im Oktober 2010: +19,8% zum Vorjahr.** Im Oktober 2010 wurden von Deutschland Waren im Wert von rund 86,8 Mrd. € aus- und Waren im Wert von rund 72,6 Mrd. € eingeführt. Damit stiegen die Ausfuhren im Vergleich zum Oktober 2009 um 19,8%, die Einfuhren um 21%. Der Saldo der Außenhandelsbilanz betrug im Oktober 2010 14,2 Mrd. € (2009: 12,5 Mrd.), die Leistungsbilanz schloss mit einem Überschuss von 11,7 Mrd. € ab (2009: 9,7 Mrd. €). In die EU-Mitgliedstaaten wurden im Oktober 2010 Waren im Wert von 52,9 Mrd. € (+14,9%) versandt und Waren im Wert von 47 Mrd. € importiert (+18,3%), in die Länder der Eurozone Waren im Wert von 35,4 Mrd. € exportiert (+12,7%) und Waren im Wert von 32,7 Mrd. € (+17%) aus diesen Ländern eingeführt. Die Exporte in Drittländer nahmen gegenüber Oktober 2009 um 28,4% und die Importe von dort um 26,4% zu.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)